

## Stellt Euch darauf ein: es bleibt wohl, wie es ist

Autor: Andreas Steininger <sup>1</sup>

Stand: 17.5.2017

Wenn man noch Anfang des Jahres auf einer Konferenz zu Russland und zum wirtschaftlichen Austausch mit Deutschland sprach, wurde man nachher bestimmt von einigen Zuhörern gefragt, wie lange man glaube, dass die Sanktionen noch gelten würden. Mittlerweile werden diese Fragen kaum mehr gestellt. Und das ist auch richtig so – denn grundlegendes wird sich nicht ändern, nicht das Verhältnis zu Russland, nicht die Sanktionen, nicht das gegenseitige Misstrauen.

Gerade die deutsche Wirtschaft wird lernen müssen, damit zu leben, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland von äußerst schwierigen politischen Rahmenbedingungen umgeben ist. Und dass diese sich vielleicht eher noch verschlechtern, denn verbessern.

Aber ist dies eine Behauptung ins Blaue hinein? Sicherlich kann man nicht in die Zukunft sehen, aber es gibt einige entscheidende Faktoren, die dafür sprechen, dass das Verhältnis noch lange schlecht bleiben wird.

### I. Keine Verbesserung nach den Bundestagswahlen

Nach der Bundestagswahl im September dieses Jahres ist keine Regierungskonstellation erkennbar, die sich um einen Neuanfang in den deutsch-russischen und europäisch russischen Beziehungen bemühen könnte:

Bleibt Bundeskanzlerin Merkel am Ruder, so wird sie die bisherige Politik gegenüber Russland fortsetzen. Dies gilt für den Fall einer großen Koalition genauso wie für den einer Koalition mit der FDP. Christian Lindner hat sich in den bisherigen Wahlkämpfen und schriftlichen Äußerungen bislang noch nicht wirklich zu Russland eingelassen, hat dieses Terrain umschifft. Schlüsselfigur bei der Liberalen für die Außenpolitik und damit auch Russland ist Alexander Graf Lambsdorff. Er ist jedoch

---

Zitierweise: Steininger A., [http://www.ostinstitut.de/documents/Steininger\\_Stellt\\_Euch\\_darauf\\_ein\\_es\\_bleibt\\_wohl\\_wie\\_es\\_ist\\_OL\\_1\\_2017.pdf](http://www.ostinstitut.de/documents/Steininger_Stellt_Euch_darauf_ein_es_bleibt_wohl_wie_es_ist_OL_1_2017.pdf).

<sup>1</sup> Prof. Dr. Andreas Steininger, Ostinstitut Wismar.

für seine eher ablehnende Haltung gegenüber Russland bekannt. Auch die Grünen prangern lieber Menschenrechtsverletzungen in Russland an, denn einen Ausgleich zu suchen.

Aber selbst gesetzt den Fall, dass Martin Schulz zum Bundeskanzler gewählt würde, so kann man nicht davon ausgehen, dass er die Russland kritische Politik der bisherigen Bundesregierung wesentlich veränderte. Die bisherigen Äußerungen von Martin Schulz gegenüber Russland lassen sogar eher darauf schließen, dass er sich sogar noch unnachgiebiger zeigen würde. Dasselbe gelte auch für den Fall der Fortsetzung einer großen Koalition.

## II. Haltung der anderen europäischen Staaten

Auch bei den übrigen Staaten der EU ist zurzeit kein Land ersichtlich, dass den Willen oder aber die politische Macht hätte, eine Aufweichung der Front gegenüber Russland zu bewirken. Im Gegenteil: Bei den Wahlen in Frankreich und den Niederlanden haben sich – entgegen mancher Erwartungen – nicht die populistischen, sondern vielmehr die gemäßigten Kräfte durchgesetzt. So erfreulich dies ist, so wenig ist bei den Siegern dieser Wahlen erkennbar, dass die Verbesserung des Verhältnisses zu Russland auf ihrer Agenda stünde. Gerade der neue französische Präsident Macron ist gegenüber Russland aufgrund möglicher Cyberattacken im Wahlkampf im Zweifel eher kritisch eingestellt, auch wenn in der letzten Zeit versöhnliche Töne zu hören waren.<sup>2</sup>

Und selbst wenn man sich im Rahmen des europäischen Rates auf eine Lockerung der Sanktionen verständigen sollte, so ist nicht davon auszugehen, dass Polen und die baltischen Staaten eine derartige Nachgiebigkeit mitmachen würden.

## III. Haltung der USA

Bei Amtsantritt von Präsident Trump war teilweise spekuliert worden, dass sich die beiden Machtmenschen Trump und Putin auf einer Augenhöhe begegnen und gegebenenfalls verstehen könnten. Tatsächlich scheint dies immer noch nicht ausgeschlossen. Allerdings lässt das Regierungschaos in den USA zurzeit überhaupt keine Rückschlüsse auf eine strategisch durchdachte oder nachhaltige Politik gegenüber Russland zu. Abgesehen davon darf man nicht vergessen, dass eine große Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus und im Senat äußerst kritisch wenn nicht gar feindselig gegenüber Russland eingestellt ist.

---

<sup>2</sup> Siehe „Was will Macron?“, Ost/Letter-1-2017, [http://www.ostinstitut.de/de/news/aktuelles/news\\_ansicht/d/was\\_will\\_macron\\_zur\\_zukuenftigen\\_franzoesischen\\_aussenpolitik](http://www.ostinstitut.de/de/news/aktuelles/news_ansicht/d/was_will_macron_zur_zukuenftigen_franzoesischen_aussenpolitik).

## IV. Von Russland kein Entgegenkommen zu erwarten

Eine Lockerung der gegenwärtigen Situation durch das russische Verhalten ist auch nicht zu erwarten. Im Gegenteil. Die russische Regierung und auch die Bevölkerung scheinen sich mit der Situation der Sanktionen arrangiert zu haben und eine überwiegende Zahl der Bevölkerung<sup>3</sup> stützt Putin in seinem Vorgehen. Auch wenn die hiesige Presse gerne über Demonstrationen gegen das Regime in Moskau berichtet, so sind diese doch meist nur von kleinen Gruppen getragen und bislang in keinster Weise dazu geeignet gewesen, eine durch das ganze Land gehende Woge der Entrüstung gegenüber der Regierung zu erzeugen.

Hinzu kommt eine Verhärtung der Einstellung des Großteils der russischen Bevölkerung gegenüber dem Westen. Der Leiter des Carnegie-Zentrums in Moskau Dimitri Trenin hat dies in mehreren Publikationen<sup>4</sup> sehr treffend beschrieben. Während Deutschland nicht in den Kategorien eine Führungsmacht denkt, ist Russland für die russische Bevölkerung und seine Eliten ein „*Garnichts, wenn es nicht eine Großmacht ist.*“ Während Deutschland vor allem die Wirtschaftspolitik gestaltet, betreibe Russland hingegen ausschließlich Geopolitik. Insofern sei auch die Gefahr der Wiederkehr eines russischen Imperialismus durchaus real.<sup>5</sup> Auch seien der gegenseitige Respekt sowie das Vertrauen zwischen Deutschland und Russland zu einem großen Teil erloschen.

Abgesehen von diesen tatsächlichen Problemen mischt sich in die Einstellungen Russlands gegenüber dem Westen und insbesondere über Deutschland auch noch das ständige Gerücht, Deutschland und Westeuropa seien sowieso nur vom Willen der USA abhängig, würden quasi ferngesteuert.<sup>6</sup>

Legt man diese Überlegungen zugrunde, so darf man nicht davon ausgehen, dass von Russland ein Entgegenkommen zu erwarten sei.

## V. Annäherung durch die Macht des Faktischen?

Grundsätzlich könnte sich ausgeschlossen sein, dass sich trotz dieser verhärteten Positionen eine Annäherung zwischen dem Westen und Russland aufgrund faktischer Ereignisse ergibt.

---

<sup>3</sup> Laut dem unabhängigen russischen Meinungsforschungszentrum „Levada“ waren 82 % der Russen im April 2017 mit dem Kurs des Präsidenten Putin einverstanden <http://www.levada.ru/2017/04/27/apreskie-rejtingi-odobreniya-i-doveriya-5/> (zuletzt abgerufen am 17.5.2017).

<sup>4</sup> Dimitri Trenin, Interview in der FAZ, 9.5.2017, „Russland wünscht sich das unmögliche“.

<sup>5</sup> Dimitri Trenin, *Should we fear Russia*, Cambridge 2016, S. 6 und 23 ff.

<sup>6</sup> Dimitri Trenin, Interview in der FAZ, 9.5.2017, „Russland wünscht sich das unmögliche“. Alexej Puschkov, *Vzgljad*, 14.1.2014, <https://vz.ru/news/2014/1/14/667861.html> (zuletzt abgerufen am 17.5.2017); Sergej Micheev, [https://www.discred.ru/news/evropa\\_glotaet\\_amerikanskije\\_piljuli\\_zajavlenie\\_bajdena\\_v\\_ocherednoj\\_raz\\_podtverdilo\\_krajnjuju\\_zavisimost\\_es\\_ot\\_ssha/2014-10-06-8016](https://www.discred.ru/news/evropa_glotaet_amerikanskije_piljuli_zajavlenie_bajdena_v_ocherednoj_raz_podtverdilo_krajnjuju_zavisimost_es_ot_ssha/2014-10-06-8016) (zuletzt abgerufen am 17.5.2017).

Aber auch hierfür stehen die Chancen schlecht: es ist nicht zu erwarten, dass sich der Ukraine-Konflikt von heute auf morgen löst. Weder wird Russland die Krim oder die ostukrainischen Gebiete räumen, noch wird die Zentralregierung in Kiew autonome Wahlen in den ostukrainischen Gebieten zulassen, so dass das Übereinkommen von Minsk im Zweifel so wohl kaum umgesetzt werden wird. Die westeuropäischen Staaten werden weiter auf dem Standpunkt stehen, dass jedes Land autonom darüber zu entscheiden hat, welchen Bündnisses angehört werden will, so dass im Zweifel auch der Weg in die NATO für die Ukraine eröffnet wäre. Auch der Streitpunkt Syrien dürfte sich nicht in absehbarer Zeit lösen.

Erschwerend hinzu kommen auch noch mittlerweile tiefe Differenzen bei der Einstellung im Hinblick auf Menschenrechte, Demokratie, Minderheitenschutz, Wahrnehmung der Geschichte, etc., sodass auch die kulturelle Brücke zu bröckeln droht.

## **VI. Einzige Hoffnung: die Wirtschaft**

Vor dem Hintergrund der oben dargestellten Situation kann man die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen bzw. Beziehungen Russlands im Westen insgesamt nur als düster beschreiben. Man kann bestenfalls davon ausgehen, dass der gegenwärtige Status quo erhalten bleibt. Trenin geht sogar davon aus, dass eine Änderung der Situation lediglich durch ein großes Ereignis erfolgen wird – und nicht unbedingt durch ein Gutes.<sup>7</sup>

Die einzige positive Kontinuität in den deutsch-russischen Beziehungen dürfte auch in absehbarer Zukunft lediglich der wirtschaftliche Austausch sein. Die Wirtschaft muss sich mit den schlechten Rahmenbedingungen wie den Sanktionen arrangieren. Die Wirtschaft muss sich darauf einstellen, mit diesen Problemen womöglich noch jahrelang zu leben und sich sowohl in Russland als auch in Deutschland von den politischen Entscheidungsprozessen soweit es geht zu emanzipieren.

---

<sup>7</sup> Dmitri Trenin, Interview in der FAZ, 9.5.2017, „Russland wünscht sich das unmögliche“.

©Ostinstitut Wismar, 2017  
Alle Rechte vorbehalten  
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:  
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,  
Dimitri Olejnik,  
Dr. Hans-Joachim Schramm  
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar  
Philipp-Müller-Straße 14  
23966 Wismar  
Tel +49 3841 753 75 17  
Fax +49 3841 753 71 31  
office@ostinstitut.de  
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751